

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 11/2016 14. März 2016 - HOCHSCHULE

Ranking – dabei werden mehrere Ranglisten einbezogen – unter Deutschlands Universitäten vom 16. auf den 9. Platz (2015) verbessert. „Die Universität Hamburg freut sich über diese Entwicklung, die es künftig unmöglich machen dürfte, von der Universität Hamburg als einer mittelmäßigen Universität zu sprechen, wenn sie unter den über 100 deutschen Universitäten nunmehr zur Spitzengruppe der zehn besten zu zählen ist“, erklärte der Hochschulchef.

Die Zahl der Studierenden sei in den vergangenen sechs Jahren von 39 403 auf 42 023 gestiegen, darunter knapp 4200 Promovierende. Ebenfalls gestiegen sei die Zahl der Absolventen – von 5765 im Jahr 2010 auf 7329 Ende vergangenen Jahres, sagte der 68-Jährige, der Anfang März seine zweite ebenfalls sechs Jahre dauernde Amtszeit angetreten hat. Betreut werden die Studierenden derzeit von 680 Professoren, rund 4500 wissenschaftlichen Mitarbeitern und etwa 6600 Beschäftigten in Verwaltung und Technik.

Erfreulich sei auch die Entwicklung bei den Drittmitteln, etwa von Unternehmen und Einrichtungen. Sie stiegen laut Lenzen von 2010 bis Ende 2015 von knapp 139 Millionen auf fast 184 Millionen Euro und machten nun rund 32 Prozent des Gesamtetats der Hochschule aus. „Da sind wir an der Spitze in Deutschland.“ Der Bundesdurchschnitt liege bei 25 bis 30 Prozent. Gewachsen sei auch der Bekanntheitsgrad der Hochschule in der Wissenschaft. So sei die Zahl der Publikationen seit 2010 um 32 Prozent auf fast 4600 gestiegen. Gleichzeitig sei deutlich häufiger aus Hamburger Forschungsergebnissen zitiert worden. Deren Zahl habe sich von knapp 87 000 auf gut 137 000 erhöht.

Hochschulen/Flüchtlinge/Sachsen

### **Forschungszentrum zur Integration in Dresden**

**Dresden (dpa)** – An der Technischen Universität (TU) Dresden forschen Wissenschaftler künftig zum Thema Integration. Mit dem Aufbau eines neuen Zentrums für Integrationsstudien (Zfi) soll im April 2016 begonnen werden, wie Hochschule und sächsisches Wissenschaftsministerium am 9. März mitteilten. Sachsen fördert das Forschungszentrum in diesem Jahr mit rund 125 000 Euro, die TU schießt bis Ende 2017 rund 300 000 Euro für den Aufbau zu. Zudem sollen Drittmittel von externen Auftraggebern eingeworben werden.

Von 2022 an wird das Zfi im Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften fortgeführt und bündelt als interdisziplinäre Einrichtung verschiedene Forschungsvorhaben. „Die Flüchtlingsforschung in Deutschland ist noch lü-

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 11/2016 14. März 2016 - HOCHSCHULE

ckenhaft, deshalb brauchen wir dringend Erkenntnisse, wie Integration gelingen kann“, erklärte Wissenschaftsministerin **Eva-Maria Stange** (SPD).

Wissenschaftler gehen in dem neuen Forschungszentrum der Frage nach, wie sprachliche, gesellschaftliche und kulturelle Integration gelingen kann. Die Ergebnisse sollen praktische Anwendung etwa in Integrationskursen oder in der interkulturellen Pädagogik finden.

„Wir wollen unter anderem wissen, wie Anerkennungsprozesse von Flüchtlingskindern in Schulklassen verlaufen und welche Veränderungen auf allen schulischen Ebenen notwendig werden“, sagte **Anke Langner**, Professorin für Inklusive Bildung und Gründungsdirektorin des Zfl. Wichtige Themen seien zudem die Integration in den Arbeitsmarkt oder auch die sprachliche Förderung unter schwierigen Bedingungen.

Hochschulen/Flüchtlinge/Baden-Württemberg

### **Baden-Württemberg bildet Therapeuten im Irak aus**

**Stuttgart (dpa)** – Das baden-württembergische Wissenschaftsministerium unterstützt die Ausbildung von Psychotherapeuten im Nordirak mit rund einer Million Euro. Sie sollen helfen, traumatisierte Flüchtlinge zu behandeln. „Wir wollen damit einen Beitrag leisten zur Hilfe vor Ort“, sagte Wissenschaftsministerin **Theresa Bauer** (Grüne) am 9. März in Stuttgart. Die Idee stammt von **Jan Ilhan Kizilhan**, Professor für Soziale Arbeit an der Dualen Hochschule Villingen-Schwenningen, der bereits rund 1000 traumatisierte Jesidinnen aus dem Nordirak nach Baden-Württemberg geholt hat.

Die Ausbildung in Kooperation mit der Universität Dohuk soll zum 1. Januar 2017 beginnen. Im ersten Schritt werden laut Kizilhan 30 angehende Ärzte, Sozialarbeiter und Psychologen während ihres Master-Studiengangs in praktischer Psychotherapie ausgebildet. Dafür solle ein Institut für Psychotherapie in Dohuk gegründet werden. Für die Auszubildenden gibt es eine Auflage: In ihrer unterrichtsfreien Zeit müssen sie Patienten in den Flüchtlingscamps behandeln.

Kizilhan hat bei Besuchen dort Berichte von brutaler Gewalt gehört: Vergewaltigungen, Kindesentführungen, Enthauptungen – wer so etwas erlebt hat, sei akut traumatisiert. Aber auch die ganze vom Krieg gebeutelte Gesellschaft leide unter einem kollektiven Trauma. Psychotherapeuten gebe es kaum – die wenigen, die es gibt, seien heillos überlastet. Ministerin Bauer hofft, dass durch die erste Ausbildung ein Stein ins Rollen kommt. Kizilhans Plan ist, in zehn Jahren mehr als 1000 Psychotherapeuten auszubilden.